

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (KR/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Gauck](#)
2. [Eurokrise](#)
3. [Top-Manager verlieren ihre Freunde](#)
4. [US-Starökonom will Weltbankpräsident werden - Ja! Ich! Kann!](#)
5. [Rainer Hank: "Der Staat ist seinen Preis nicht wert"](#)
6. [China adé - Firmen kehren nach Deutschland zurück](#)
7. [John Holloway: «Kapitalismus aufbrechen!»](#)
8. [Nicholas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben](#)
9. [Explodierender Reichtum, wachsende Armut](#)
10. [Volkswirte müssen endlich dazulernen](#)
11. [Was uns Arbeit wert ist](#)
12. [Wer einmal aus dem Blechnapf frisst ...](#)
13. [Versicherungsbranche manipuliert Panorama-Abstimmung](#)
14. [Eindringliche Warnungen](#)
15. [PPP - Der Kummer der Kämmerer](#)
16. [Die Energiewende ist gescheitert](#)
17. [Robert Fisk: Madness is not the reason for this massacre](#)
18. [Michael Lüders - Dämon Iran](#)
19. [Kritik an WDR 2-Reform](#)

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)*

1. Gauck

a. "Viele wissen nicht, was er denkt"

Deutschland jubelt: Endlich hat das Land mit Joachim Gauck wieder einen würdigen Präsidenten. Der Publizist Albrecht Müller sieht keinen Grund zur Freude und spricht unumwunden vom "falschen Präsidenten": "Gauck muss noch viel lernen, wenn wir glücklich mit ihm werden sollen", sagt Müller im Interview mit n-tv.de.

Quelle: [n-tv](#)

dazu: Erweiterter Freiheitsbegriff

Heute erscheint die Streitschrift "Der falsche Präsident. Was Pfarrer Gauck noch lernen muss, damit wir glücklich mit ihm werden". Wir haben mit dem Autor Albrecht Müller, auch Gründer des Internetjournals "NachDenkSeiten", über dessen Thesen gesprochen.

Quelle: [hr Info](#)

b. Spiegel als „Unterstützer“ von Gauck

***Anmerkung WL:** In der Printausgabe des Spiegel outet sich der Spiegel als Unterstützer von Gauck: „Seine Kandidatur wurde von vielen Medien, auch vom SPIEGEL unterstützt...“ heißt es in der neuesten Ausgabe. Dieses offene Eingeständnis einer Parteinahme ist schon sehr interessant. Es zeigt einmal mehr, dass sich viele Medien in Deutschland nicht mehr mit der Rolle der zuverlässigen Berichterstattung des neutralen Beobachters und Wächters oder der kritischen Begleitung zufrieden geben, sondern ganz offen Partei ergreifen und Entscheidungen herbeizuschreiben versuchen. Dass der Spiegel Gauck hochschreibt wusste man schon seit längerer Zeit, dass er diese Unterstützung nun auch selbst einräumt, bestätigt, dass nicht nur dieses Magazin sondern – wie der Spiegel schreibt – viele Medien in diesem Lande „Politik machen“. Das sollte man immer im Blick haben, wenn man künftig den Spiegel liest.*

c. Gaucks verzerrtes Geschichtsbild - Der Rückfall

Der Leiter des Simon Wiesenthal Centers in Jerusalem erklärt, warum er Gauck für den falschen Bundespräsidenten hält. Es geht um dessen Deutung des Holocausts.

Quelle: [taz](#)

2. Eurokrise

a. Spanien - Die Angst einer verlorenen Generation

Die spanische Bildungselite wird in der Wirtschaftskrise abgehängt. Immer mehr junge Menschen befürchten, nie mehr aus dem Loch herauszukommen [...] Für sechs Tage pro Woche in der Bäckerei verdient Sara monatlich gut 800 Euro netto. Wenn sein Geschäft besonders gut läuft, kommt auch Miguel auf diese Summe. Und Javier wohnt nach sieben Jobwechseln bei einer Zeitarbeitsfirma immer noch bei seinen Eltern. Anders geht es nicht. Javiers Eltern wünschen sich, dass er auszieht. Er ist schon 27. Doch er zuckt nur mit den Schultern. "Ich kann nur hoffen, dass die Krise bald vorbei ist."

Quelle: [FTD](#)

b. Italien im Abwärtssog

Heute berichtete ISTAT die Außenhandelsdaten Italiens für den Monat Januar

2012. Auch sie sind ein erneuter Beleg für die Rezession in Italien, denn das Außenhandelsvolumen schrumpfte weiter. Saisonbereinigt ging der Export von Waren und Güter um -2,5% zum Vormonat zurück und das Importvolumen um -0,5%. Bei den unbereinigten Originaldaten stieg der Export noch um +4,3% zum Vorjahresmonat auf 27,270 Mrd. Euro und die Importe sanken um -2,6% zum Vorjahresmonat auf 31,620 Mrd. Euro.

Quelle: [Querschuesse](#)

dazu: Italy downturn fails to curb bond appetite

[...] The country is back in recession, official data have since confirmed, with industry and consumer spending in decline. Industrial output in January was five per cent down on a year earlier, while a study by Intesa Sanpaolo, a bank, shows that national consumption of food, drink and tobacco fell in 2011 to levels last seen 30 years ago.

Weighed down by austerity measures imposed by Silvio Berlusconi, former prime minister, last year and reinforced by Mario Monti's technocratic government in December, Italy's shrinking economy and its struggle to remain globally competitive is reflected in the ailing fortunes of its two biggest industrial groups. John Elkann, chairman of Fiat, expects Italians to buy fewer cars this year than they did in 1985. Registration of new Fiat group cars in Europe fell 16.7 per cent in February from a year earlier.

Quelle: [Financial Times](#)

c. Greece's exit from the Eurozone would be all pain, no gain

With Greece in deep recession for the fifth year running, several prominent observers have been calling on it to exit the Eurozone. This column argues this would not help Greece's economy recover faster from its deep recession. Greece will still be the most heavily regulated country in the OECD and returning to a drachma would only add to the debt burden.

Quelle: [VoxEU](#)

3. Top-Manager verlieren ihre Freunde

VW-Chef Martin Winterkorn erhält 17 Millionen Euro an Gehalt: Skandal! Rufen nicht die Linken. Sondern Deutschlands Unternehmer. [...]

Bloß die üblichen Verdächtigen, in Gestalt der IG Metall, schweigen: Kein Mucks ist von den Gewerkschaftern zu hören, schließlich haben sie als Aufsichtsräte die Spitzengagen abgenickt, froh darüber, für ihre Klientel das Maximum an Gewinnbeteiligung rausgeschlagen zu haben. „Die Vorstände profitieren von der Kumpanei mit den Gewerkschaftern zu Lasten der Eigentümer“, sagt Brun-Hagen

Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, in der sich klangvolle Namen aus Industrie und Handel versammeln. [...]

Als völlig unangemessen kritisiert auch Lutz Goebel, Präsident des Verbandes der Familienunternehmer, die 17-Millionen-Gage: „Kein Top-Manager ist das 300- oder 400fache eines einfachen Angestellten wert: Solch hohe Beträge verderben die Sitten und auch die Gehaltsstrukturen.“ Und Michael Adams, ein in Hamburg lehrender Wirtschaftsjurist, sozialistischer Umtriebe unverdächtig, greift in seiner Wutrede auf Winterkorns „obszönes Gehalt“ zum Wort von der „spätromischen Dekadenz“: „Nur die römischen Senatoren hatten sich ähnlich weit entfernt vom gewöhnlichen Volk. Derart ordinär hohe Gehälter sind ökonomisch nicht erforderlich.“ Für Staatsmänner, die Verantwortung über Krieg und Frieden tragen, sei es schwer erträglich, „dass ein Autoverkäufer das 50-fache von ihnen kassiert“, wettet Adams: „Muss Herr Winterkorn wirklich das 50fache der Bundeskanzlerin verdienen, das 180fache eines Professors oder 15 Mal wo viel, wie ein Nobelpreisträger bekommt?“

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung JB: *Wieder einmal geht die Diskussion über Spitzengehälter in eine falsche, vollkommen kontraproduktive, Richtung. Produktiver wäre es, im Kielwasser der Empörung endlich über eine signifikante Erhöhung der „Reichensteuer“ zu sprechen. Hätten wir beispielsweise die - aktuell von [Oskar Lafontaine vorgeschlagene](#) - Reichensteuer von 75% des Einkommens, könnte Herr Winterkorn auch 170 Millionen Euro verdienen und wir alle könnten uns mit ihm freuen, da der Großteil dieser Summe dem Staat und somit uns allen zugute käme.*

4. **US-Starökonom will Weltbankpräsident werden - Ja! Ich! Kann!**

UN-Berater und Bestsellerautor: Jeffrey Sachs möchte an die Spitze der Weltbank rücken. Er ist der erste Kandidat, der sein Interesse öffentlich gemacht hat. Doch warum sollte gerade er die Nachfolge von dem noch amtierenden Chef Robert Zoellick antreten? Sachs sagt das ganz unverblümt.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

Anmerkung JB: *Jeffrey Sachs ist keinesfalls unumstritten. Er war beispielsweise als Berater der russischen Regierung in den frühen 1990ern mitverantwortlich für die [kapitalistische Schock-Therapie](#), an deren Ende ein ausgebeutetes Land und die neue herrschende Clique der Oligarchen stand.*

5. **Rainer Hank: “Der Staat ist seinen Preis nicht wert”**

Rainer Hank rechnet im Buch "Die Pleite-Republik" mit der schuldenfinanzierten Wohlfahrt ab. Der liberale "FAZ"-Journalist hält Glückskommissionen für den Weg zur Schreckensherrschaft.

Quelle: [Die Presse](#)

***Anmerkung JK:** Man bekommt eher einen Einblick in die bizarre Gedankenwelt der neoliberalen Marktfanatiker. Was der Chefredakteur des Wirtschaftsteils der FAZ hier absondert ist hanebüchen. Das so etwas absolut ernst genommen wird und einen Chefredakteurposten Deutschlands führender Mainstreamzeitung bringt ist zum Kopfschütteln.*

6. **China adé - Firmen kehren nach Deutschland zurück**

In China sind die Löhne billiger, na und? Für viele Firmen entscheiden inzwischen andere Kriterien, in welche Länder sie investieren. Viele kehren deshalb nach Deutschland zurück, und das ist nicht der einzige überraschende Trend. [...] Qualifizierte Facharbeit ist laut ISI-Experte Kinkel nun nicht mehr um den Faktor Zehn billiger, sondern koste schon jetzt etwa ein Viertel von deutscher Arbeit. Der Trend, deutsche Jobs in asiatische Billiglohnländer zu verlagern, gehe zunehmend zurück. „In China kann man die Gesamtkosten noch etwa um drei bis acht Prozent drücken aufgrund der Löhne. Das ist natürlich kein unerheblicher Wert, er sinkt aber in naher Zukunft weiter, das ist für die Firmen jetzt schon absehbar.“

Dafür sind aber nicht nur die steigenden Lohnkosten verantwortlich. „Logistik- und Qualitätsfragen spielen für sie meist eine sehr viel wichtigere Rolle“, sagt Kinkel. Ein Beispiel: Der Seeweg von Ostasien nimmt etwa sechs Wochen in Anspruch – in dieser Zeit ist Kapital gebunden und die Flexibilität sinkt.

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#)

7. **John Holloway: «Kapitalismus aufbrechen!»**

Das Beharren auf der Asymmetrie ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Zug der Kämpfe auf der ganzen Welt geworden. Dass wir nicht die Organisationsformen und Verhaltensmuster des Kapitals reproduzieren wollen, weil sie hässlich sind, weil sie scheußlich sind, und weil wir wissen, dass wenn wir die Organisationsformen des Kapitals reproduzieren, dann reproduzieren wir auch das Kapital. [...]

Aber man braucht nicht an die Zapatisten oder die Occupy-Bewegung zu denken. Dieses Negieren und Erschaffen ist tief im kapitalistischen Alltagsleben verankert. Denkt z.B. an eine Gruppe von Studenten, die zusammenkommt und beschließt, dass sie sich nach dem Ende ihres Studiums zusammentun werden, um nach einer Lebensweise zu suchen, die unpassend ist, die nicht ins System reinpasst, die sich gegen das herrschende System wendet. Denkt an die junge Frau, die beschließt, heute

nicht zur Arbeit zu gehen, sondern in den Park zu gehen und ein Buch zu lesen, weil das wichtiger ist, weil es selbstverständlich schöner ist. Oder der Mann, der beschließt heute zuhause zu bleiben und mit den Kindern zu spielen. Wir tun es fast alle. Wir versuchen, irgendwie in die falsche Richtung zu gehen, unpassend zu sein, uns gegen die Logik des Geldes, die Logik des Profits zu verteidigen und Sachen auf eine andere Art und Weise zu machen. Wir haben alle Formen, unsere No-Go-Zonen, unsere Räume oder unsere Momente zu erschaffen, in denen wir dem Kapital sagen: "hier nicht, bleib draußen." Es sind Räume, denen wir unterschiedliche Bezeichnungen geben, wie Kameradschaft, wie Freundschaft oder Liebe oder vielleicht sogar Anstand. Damit will ich nicht sagen, dass es den Kapitalismus zum Zusammenbruch bringt, wenn man sich freinimmt und in den Park geht, leider nicht. Aber wenn wir das alle machen würden, dann schon! [...]

Im Zentrum dessen, steht dabei für mich die Krise der abstrakten Arbeit. [...]

Abstrakte Arbeit nicht im Sinne immaterieller Arbeit oder intellektueller Arbeit, sondern im Sinne von Arbeit die von ihrem Inhalt abstrahiert oder ihm gegenüber gleichgültig ist. Dies ist die Arbeit, die den Kapitalismus erschafft. Dies ist die Arbeit, die sich in der Krise befindet. Erstens, weil das Kapital jetzt unfähig ist, in das Netzwerk kapitalistischer Arbeit einzubinden. Das lässt sich an dem Anteil der Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung ablesen. Zusätzlich gibt es von vielen Menschen eine bewusste Ablehnung dessen, was kapitalistische Arbeit beinhaltet. Dies ist der Kern der Risse. Die Verweigerung der Logik der kapitalistischen Arbeit aus der Wahl oder Notwendigkeit heraus und die Affirmation einer anderen Arbeit, die wir konkrete Arbeit oder einfach Tun nennen können. Nämlich Sachen nicht deswegen tun, weil das Geld es diktiert, sondern weil wir sie als notwendig oder wünschenswert erachten. [...]

Die Frage der Revolution ist nicht mehr, wie wir dieses ungeheuerliche System abschaffen - eine Frage die uns sehr klein wirken lässt - sondern, wie können wir aufhören, den Kapitalismus zu erschaffen. Und die veränderte Frage gibt uns natürlich keine Antworten, aber sie eröffnet neue Wege, darüber nachzudenken.

Quelle 1: [Rosa Luxemburg Stiftung via YouTube](#)

Quelle 2: [Rosa Luxemburg Stiftung](#)

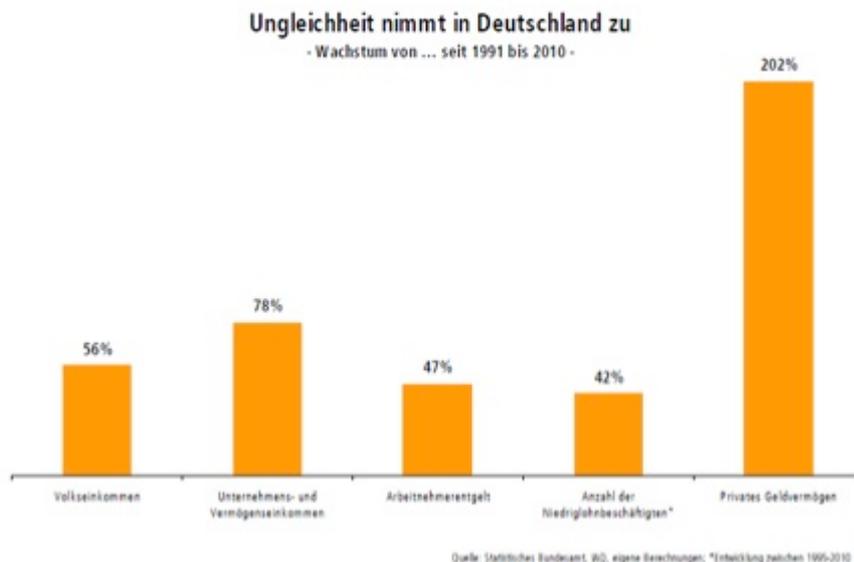
- Nicholas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben**
Gemeinhin wird angenommen, bei Steueroasen handele es sich um Fluchtgebiete für Steuerhinterzieher und Waschanlagen zur «Säuberung» von Geldern aus kriminellen Geschäften, etwa Drogen-, Frauen- oder Waffenhandel, die für die «reale» Weltwirtschaft von untergeordneter Bedeutung sind. Die Grundthese des neuen Buches Schatzinseln des investigativen Journalisten Nicholas Shaxson lautet jedoch: Die von ihm «Offshore-Zentren» genannten «Finanzplätze» spielen eine entscheidende

Rolle im heutigen Wirtschaftsgeschehen; durch sie fließt etwa die Hälfte des Welthandels. Sie sind wesentlicher Bestandteil des Finanzkapitalismus und auch wesentliche Ursachen für die derzeitige Krise. Der Autor nennt diese Finanzzentren «die stillen Krieger der Globalisierung» und ein «Treibhaus für kriminelle Aktivitäten». Quelle: [Sozialistische Zeitung online](#)

9. Explodierender Reichtum, wachsende Armut

Deutschland ist aber laut Allianz „Vermögensbericht 2011“ mit 4.934 Milliarden Euro Geldvermögen nach den USA, Japan und Großbritannien das viertreichste Land der Welt. Aber ist Deutschland auch das Land der Wohlhabenden, wie es in deutschen Serien gern gezeigt wird? Wenn „Tatort“-Kommissare Premium-Autos fahren, ist es vor allem gutes Marketing.

Der Schein trügt. Die Mehrheit der Bevölkerung fährt diese Autos nicht. Gewohnt wird nicht in Villen, sondern meist in Mietwohnungen. Geldvermögen bleibt für die Hälfte der Bevölkerung ein Wunschtraum. Für Vermögensbildung muss eine gewisse Einkommensschwelle überschritten werden, damit Haushalte überhaupt Vermögen aufbauen können. Laut Allianz Vermögensbericht haben „untere Einkommensschichten und Teile der (Einkommens-)Mittelschicht [...] in der Regel kein oder nur ein sehr geringes Vermögen“.

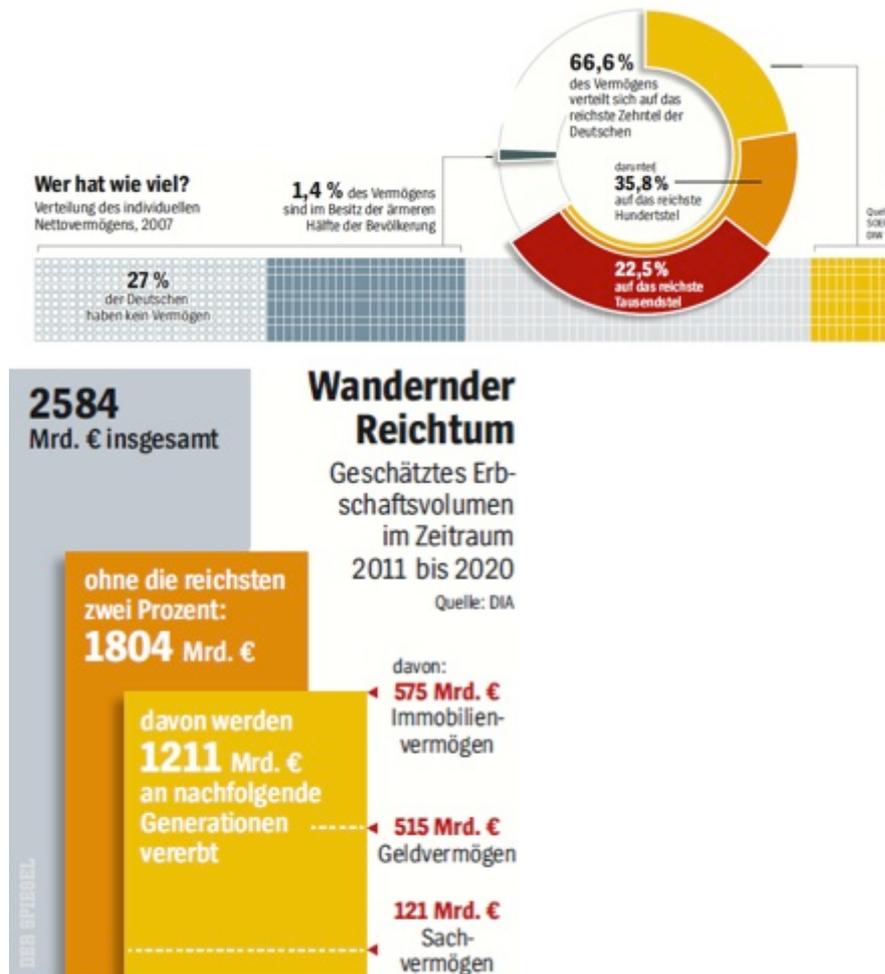


Quelle: [DGB klartext \[PDF - 98 KB\]](#)

Dazu passt: Die Bürde des Reichtums

„Egal ob ererbt oder erarbeitet – Geld bedeutet oft auch eine Bürde“, unter dieser Überschrift berichtet die Printausgabe des Spiegel über die Schicksale von Milliardären und über die Sorgen ihrer Erben.

Es finden sich dort auch zwei interessante Grafiken:



10. Volkswirte müssen endlich dazulernen

Die Volkswirtschaftslehre hat in der Krise versagt. Dennoch hält sie an überholten theoretischen Modellen fest - und an ihrem Glauben an Stabilität. Höchste Zeit für ein Umdenken.

Quelle: [FTD](#)

11. Was uns Arbeit wert ist

Fast acht Millionen Menschen in Deutschland schufteten für Minieinkommen. Mindestlöhne können helfen. Aber darüber hinaus stellt sich noch eine viel grundsätzlichere Frage [...]

All das ist bekannt. Es nochmals einen Skandal zu nennen, ist zwar richtig, wirkt aber ermüdend. Ebenso wie die nicht enden wollende Debatte über den Mindestlohn, den

Union und FDP immer weiter hinauszögern. Die Wahrheit ist doch: Es gibt keinen echten Markt für diese Jobs. Niemand würde eine Bezahlung unterhalb des Existenzminimums akzeptieren, wenn nicht das Amt mit Hartz-Sanktionen drohte. Es ist ein künstlich geschaffenes Billigproletariat ohne Rechte, das für uns Arbeit erledigt, die uns nichts wert ist.

Quelle: [Der Freitag](#)

Anmerkung JB: *Sehr richtig! Wer über den Niedriglohnsektor debattiert, muss das Thema „Hartz-IV-Sanktionen“ in den Mittelpunkt der Diskussion rücken.*

12. **Wer einmal aus dem Blechnapf frisst ...**

Kino, neue Turnschuhe, das neue Englischlehrbuch – manche Eltern im reichen Deutschland können ihrem Nachwuchs nicht einmal das bezahlen. Reisen, Markenklamotten, Computer, Handy oder ein Fahrrad – das alles ist für Kinder aus Armutsverhältnissen nicht drin.

Offiziell gilt eine Familie als arm, wenn ihr Haushaltseinkommen weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens beträgt. Für eine Alleinerziehende mit einem Kind bedeutet Armut in Zahlen, dass sie mit 1203 Euro im Monat auskommen muss, ein Ehepaar mit Kind höchstens mit 1665 Euro. Schon wer zehn Euro mehr zur Verfügung hat, fällt aus der Armenstatistik heraus.

Jeder Cent muss umgedreht werden. Der Druck, nicht mehr zu wissen, woher man das Geld für die Ausgaben der nächsten Woche nehmen soll, ist enorm.

Hinzu kommen Erziehungsprobleme, pubertäre Streitereien, Partnerschaftskonflikte. Sonderausgaben wie eine kaputte Waschmaschine werden zu einer Herausforderung. Und wenn auch die Oma nichts mehr hat, um ab und zu etwas zuzustecken – was dann?

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

13. **Versicherungsbranche manipuliert Panorama-Abstimmung**

Na, da waren wir zugegebenermaßen zunächst doch etwas überrascht: Nicht weniger als knapp 75 Prozent derjenigen, die sich an unserer Online-Umfrage zur Privaten Krankenversicherung (PKV) beteiligt hatten, waren der Meinung, diese sollte unbedingt erhalten bleiben. Auch in den Kommentaren zum Beitrag herrschte schon vor der Sendung die einhellige Meinung: PKV gut, Panorama schlecht. Erstaunlich, zu einem Zeitpunkt, an dem der Beitrag noch nicht einmal ausgestrahlt war. Auch der Tonfall war mehr als deutlich: „Pressspanpresse auf hetzerischem Billigniveau“, „Halbwissen“, „Schwarzer Kanal“, „Gossenjournalismus“, „linksrenitent und verlogen“ und „auf DDR-Niveau“ bewege sich die Panorama-Berichterstattung. Nun sind wir einiges gewohnt, aber sowohl das Ergebnis der Umfrage als auch die Heftigkeit dieses

„Shitstorms“ legen doch den Verdacht recht nahe, dass hier „interessierte Kreise“ ganz bewusst versuchten, Einfluss auf Umfrage und Meinungsbild in den Nutzer-Kommentaren zu nehmen. Und siehe da, so ist es auch: Einer der größten Versicherungsmaklerpools in Deutschland, die „Jung, DMS & Cie.“ hat gestern in Gestalt ihres Bereichsleiters Versicherungen, Lars W. Hertwig, eine Massenemail an alle ihre Versicherungsmakler (nach Brancheninformation über 10.000) verschickt. Und die geht so ...

Quelle 1: [Panorama](#)

Quelle 2: [Panorama \(Der eigentliche Beitrag\)](#)

14. **Eindringliche Warnungen**

Ärzte der Marburger Initiative schildern aus eigener Erfahrung Folgen einer Privatisierung.

“Machen Sie nicht die gleichen Fehler, wie sie in Marburg und Gießen gemacht wurden – kämpfen Sie dafür, dass die Horst-Schmidt-Kliniken in kommunaler Trägerschaft bleiben”, warnte Dr. Susanne Deuker, Orthopädin aus Marburg und Mitglied der Initiative “Notruf 113”. Diese hatte sich gebildet, nachdem die Universitätskliniken Gießen/Marburg an den gleichen Investor verkauft wurden, der jetzt um die HSK wirbt: Die Rhön-Klinikum AG.

Das Wiesbadener Bündnis Pro HSK, das sich ebenfalls gegen eine Übernahme des kommunalen Krankenhauses durch den Konzern wendet, hatte zu seiner dritten öffentlichen Veranstaltung im Georg-Buch-Haus vier Mitglieder der Marburger Initiative eingeladen: Niedergelassene Ärzte, die von ihren Erfahrungen seit dem Verkauf der Universitätskliniken berichteten. ...

Der Psychologe Micha Brandt zitierte Studien, nach denen die Patientenzufriedenheit an privaten Häusern geringer sei, das Mortalitätsrisiko zudem höher. Das Personal werde zu einem wesentlich höheren Anteil outgesourct. Zudem engagierten sich die privaten Krankenhäuser erheblich weniger in der Ausbildung von Pflegepersonal. “Der Gewinn fließt zu einem Drittel an die Aktionäre, nicht in medizinische Investitionen, und das ist Geld, das von den Versicherten stammt und dem Gesundheitssystem entzogen wird”, sagte Brandt. Auch die Orthopädin Susanne Deuker berichtete von Operationen, die aus finanziellen Gründen konservativen Behandlungen vorgezogen würden: “Für Aktionäre zielführend – für die Patienten eine Katastrophe.”

Quelle: [Wiesbadener Tagblatt](#)

15. **PPP - Der Kummer der Kämmerer**

Private Investoren entdecken Schulen als Anlageobjekte, dabei sparen Kommunen oft weniger als geplant. [...]

Dabei soll der Steuerzahler durch PPP eigentlich sparen. Bis zu 20 Prozent günstiger könne eine PPP-Schule sein, behaupten die Befürworter. Das klingt in der Tat

überzeugend. Doch Experten sind skeptisch: “Die Nachweise der Wirtschaftlichkeit sind nichts anderes als Modellrechnungen”, sagt Holger Mühlenkamp. Der Professor für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer forscht seit Jahren zu PPP. Er glaubt nicht an die Effizienzversprechen. Methodische Fehler würden sich fast immer zugunsten der Privaten auswirken. “Risiken werden kleingerechnet, Folgekosten ausgeblendet”, sagt Mühlenkamp.

Nachprüfen lässt sich das schwer, denn die hoch komplexen Vertragswerke sind für die Öffentlichkeit ebenso wenig einsehbar wie die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Geschäftsgeheimnisse stünden dem entgegen, heißt es landauf landab.

Quelle: [FTD](#)

16. **Die Energiewende ist gescheitert**

Die Rechnung der Energiewende kalkuliert mit vier Unbekannten. Die größte davon ist das Tempo des Netzausbaus. Weil es damit nicht vorangeht, hilft vielleicht nur noch die Notbremse: die Verstaatlichung der Netze.

Quelle: [FAZ](#)

17. **Robert Fisk: Madness is not the reason for this massacre**

I’m getting a bit tired of the “deranged” soldier story. It was predictable, of course. The 38-year-old staff sergeant who massacred 16 Afghan civilians, including nine children, near Kandahar this week had no sooner returned to base than the defence experts and the think-tank boys and girls announced that he was “deranged”. Not an evil, wicked, mindless terrorist - which he would be, of course, if he had been an Afghan, especially a Taliban - but merely a guy who went crazy. [...]

“Apparently deranged”, “probably deranged”, journalists announced, a soldier who “might have suffered some kind of breakdown” (The Guardian), a “rogue US soldier” (Financial Times) whose “rampage” (The New York Times) was “doubtless [sic] perpetrated in an act of madness” (Le Figaro). Really? Are we supposed to believe this stuff? Surely, if he was entirely deranged, our staff sergeant would have killed 16 of his fellow Americans. He would have slaughtered his mates and then set fire to their bodies. But, no, he didn’t kill Americans. He chose to kill Afghans. There was a choice involved. So why did he kill Afghans?

Quelle: [The Independent](#)

18. **Michael Lüders - Dämon Iran**

Jedem Krieg geht die Dämonisierung des Gegners voraus. Dieser Gegner gilt wahlweise als Bedrohung des Friedens, der Sicherheit oder bestehender Werte ganz allgemein. Vorzugsweise wird seinem Handeln Legitimität wie Rationalität abgesprochen. Verhandlungslösungen erscheinen dementsprechend als naive Friedensträumerei, als „Appeasement“, oder schlichtweg als Zeitverschwendung.

Auch vor propagandistischen Erfindungen schrecken jene, die Krieg zu führen entschlossen sind, nicht zurück. erinnert sei etwa an die nicht vorhandenen „Massenvernichtungswaffen“ Saddam Husseins, die 2003 den US-geführten Einmarsch in den Irak nach außen hin begründeten. Mittlerweile gilt der Irakkrieg als größter außenpolitischer Fehler Washingtons seit Vietnam. Und auch der Afghanistankrieg droht in einem Desaster zu enden. Die Kosten beider Kriege haben zudem maßgeblich zum wirtschaftlichen Niedergang der USA beigetragen. Geostrategischer Nutznießer westlicher Verblendung ist ausgerechnet der Iran, der im Nachbarland Irak das Machtvakuum nach dem Sturz Saddam Husseins zu füllen verstand.

Quelle: [Blätter](#)

19. **Kritik an WDR 2-Reform**

Die im Januar umgesetzte Reform der Regionalberichterstattung auf WDR 2 stößt nicht nur bei vielen Hörern im Land, sondern auch bei vielen Mitarbeitern auf große Kritik. Sie haben nun ein Papier zur WDR 2-Reform verfasst, das wir mit guten Grund veröffentlichen. Zeigt es doch, dass fundierter, gut recherchierter, fachkompetenter Journalismus und der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur auf WDR 3 in Gefahr ist.

Quelle: [Die Radioretter \[PDF - 60 KB\]](#)